Vernehmlassungsentwurf vom: Änderung Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich (SPMV)

Geltendes Recht	Verordnungsänderungen	Erläuterungen
	Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich vom 7. Dezember 2011 (SPMV) (Änderung vom) Der Regierungsrat beschliesst: I. Die Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen vom 7. Dezember 2011 wird wie folgt geändert:	
Gegenstand	Gegenstand	
§ 1. Diese Verordnung regelt den Vollzug der §§ 28-34 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vom 14. März 2011 (KJHG) betreffend sonderpädagogische Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich.	§ 1. Diese Verordnung regelt den Vollzug der §§ 29-34 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes vom 14. März 2011 (KJHG) betreffend sonderpädagogische Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich.	§ 1: Der Kantonsrat hat § 28 KJHG am 27. November 2017 aufgehoben. Die Verordnung ist entsprechend anzupassen.
	Massnahmearten	
	§ 4 a. ¹ Als Massnahmearten im Vorschulbereich gelten heilpädagogische Früherziehung und Logopädie.	§ 4 a Abs. 1: Gemäss geänderten §§ 29-30 KJHG (Änderung vom 27. November 2017) sind die Massnahmearten und die Dauer des Anspruchs neu in der Verordnung festzulegen. Abs. 1: Die heilpädagogische Früherziehung (HFE) umfasst auch spezialisierte Angebote im Bereich der Hör-, Seh- und Hörsehbehinderung, d.h. die Audiopädagogik ist im Vorschulbereich eine spezialisierte Form der HFE und muss deshalb in Abs. 1 nicht separat erwähnt werden.
	² Als Massnahmearten im Nachschulbereich gelten Audiopädagogik und Logopädie.	Abs. 2: Audiopädagogik als eigene Massnahme ist nur noch für den Nachschulbereich zu nennen.
b. Audiopädagogik	b. Audiopädagogik	
§ 6. Audiopädagogik ist die Behandlung und Förderung von Kindern und Jugendli-	§ 6. Audiopädagogik ist die Behandlung und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit	§ 6: Audiopädagogische Massnahmen im Nachschulbereich können auch im schulischen bzw. beruflichen Umfeld einer oder eines

Vernehmlassungsentwurf vom: Änderung Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich (SPMV)

<p>chen mit Schwerhörigkeit, Resthörigkeit, Gehörlosigkeit sowie auditiver Verarbeitungsproblematik im familiären und familienergänzenden Umfeld.</p>	<p>Schwerhörigkeit, Resthörigkeit, Gehörlosigkeit sowie auditiver Verarbeitungsproblematik.</p>	<p>Jugendlichen oder in den Praxisräumlichkeiten der Leistungsanbietenden durchgeführt werden. Entsprechend ist die bisherige Einschränkung „im familiären und familienergänzenden Umfeld“ aufzuheben.</p>
<p>d. Umfang</p>	<p>d. Umfang</p>	
<p>§ 8. 1 Die Behandlung und Förderung umfasst in der Regel pro Woche höchstens</p> <ul style="list-style-type: none"> a. drei Stunden für heilpädagogische Früherziehung und Audiopädagogik, b. zwei Stunden für Logopädie. 	<p>§ 8. 1 Die Behandlung und Förderung umfasst im Vorschulbereich jährlich höchstens</p> <ul style="list-style-type: none"> a. 115 Stunden heilpädagogische Früherziehung oder b. 75 Stunden Logopädie. 	<p>§ 8: Vor dem Hintergrund der Wartefristen für die Durchführung der Massnahmen ist deren Umfang leicht herabzusetzen, sodass inskünftig mehr Kinder schneller von sonderpädagogischen Massnahmen profitieren können.</p> <p>Abs. 1: Heute beträgt der Umfang der HFE (einschliesslich Audiopädagogik) höchstens drei Stunden pro Woche bzw. – von 45 Wochen ausgehend (Erfahrungswert aus der Praxis: 52 Wochen minus Ferien Eltern, minus Krankheitsabwesenheiten) – 135 Stunden pro Jahr, derjenige der Logopädie höchstens zwei Stunden pro Woche bzw. 90 Stunden pro Jahr. Diese hochgerechneten Jahreskontingente pro Kind und Massnahme sollen verringert werden. Neu sollen im Vorschulbereich höchstens 115 Stunden HFE und 75 Stunden Logopädie pro Jahr möglich sein (Abs. 1). Darin enthalten sind auch alle gegebenenfalls in einer eigenen Empfehlung gesprochenen spezialisierten Formen wie z.B. Audiopädagogik, Low Vision, Ess-Schluck-Trinkstörung. Auf die Festlegung eines wöchentlichen Stundenumfangs kann verzichtet werden. Die zeitliche Umsetzung der Empfehlung im Rahmen der festgelegten Dauer soll von den jeweiligen Leistungsanbietenden nach den Bedürfnissen des Kindes und seiner bestmöglichen Förderung entsprechend selber bestimmt werden.</p>
<p>² Pro Jahr können höchstens vier logopädische Verlaufskontrollen gemäss § 16 durchgeführt werden.</p>	<p>Abs. 2 wird zu Abs. 4.</p>	
	<p>² Die Behandlung und Förderung mit beiden Massnahmearten im gleichen Zeitraum ist im Vorschulbereich nur in begründeten Ausnahmefällen möglich.</p>	<p>Abs. 2: Grundsätzlich soll ein Kind im Vorschulbereich im gleichen Zeitraum nur mit einer Massnahmeart gefördert oder therapiert werden. Die Durchführung von HFE und Logopädie in der gleichen Zeitspanne soll nur noch in begründeten Ausnahmefällen</p>

Vernehmlassungsentwurf vom: Änderung Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich (SPMV)

		möglich werden, d.h. wenn das Abklärungsverfahren ergibt, dass nur mit parallel durchgeführten Massnahmen einer Entwicklungsgefährdung beim jeweiligen Kind entgegengewirkt werden kann.
	³ Die Behandlung und Förderung umfasst im Nachschulbereich pro Massnahmeart jährlich höchstens 75 Stunden.	Abs. 3: Im Nachschulbereich soll für beide Massnahmearten (Audiopädagogik und Logopädie) ein einheitlicher Umfang von höchstens 75 Stunden pro Jahr gelten.
e. Dauer der Logopädie	e. Dauer der sonderpädagogischen Massnahmen	Der Kantonsrat hat am 27. November 2017 die Sonderregelung der Anspruchsdauer hinsichtlich der HFE mit der Änderung von § 29 Abs. 1 KJHG aufgehoben. Die Marginalie ist entsprechend anzupassen.
§ 9. Logopädische Massnahmen sind bis spätestens Ende Dezember des Jahres abzuschliessen, in dem ein Kind in die Volksschule eintritt.	§ 9. ¹ Der Anspruch auf sonderpädagogische Massnahmen im Vorschulbereich besteht bis zum Eintritt in die Volksschule.	§ 9: Gemäss geänderten §§ 29-30 KJHG (Änderung vom 27. November 2017) sind die Massnahmearten und die Dauer des Anspruchs auf Massnahmen neu in der Verordnung festzulegen. Abs. 1: Der Anspruch auf sonderpädagogische Massnahmen im Vorschulbereich besteht bis zum Eintritt in die Volksschule. Das bedeutet, dass die Massnahmen vor Eintritt in die Volksschule abgeschlossen werden müssen. Hingegen sollen Übertrittsgespräche noch bis Ende des Jahres, in dem ein Kind in die Volksschule eintritt, möglich sein. Dies wird neu in § 21 Abs. 2 geregelt.
	² Der Anspruch auf sonderpädagogische Massnahmen im Nachschulbereich besteht ab Austritt aus der Volksschule bis zum vollendeten 20. Lebensjahr.	Abs. 2: Die Dauer des Anspruchs im Nachschulbereich bleibt unverändert.
Anmeldung	Anmeldung	
§ 12. ¹ Die Eltern melden das Kind zur Abklärung an: a. bei einer Leistungsanbieterin oder einem Leistungsanbieter b. bei der zuständigen Abklärungsstelle	§ 12. Abs. 1 und 2 unverändert.	

Vernehmlassungsentwurf vom: Änderung Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich (SPMV)

<p>² Im Einverständnis mit den Eltern kann die Anmeldung durch eine Fachperson erfolgen.</p>		
<p>³ Die Anmeldung zur Abklärung erfolgt bis spätestens drei Monate vor Ablauf der Anspruchsberechtigung gemäss §§ 29 und 30 KJHG.</p>	<p>³ Die Anmeldung zur Abklärung erfolgt bis spätestens sechs Monate vor Ablauf der Anspruchsberechtigung gemäss § 9.</p>	<p>§ 12 Abs. 3: Eine mögliche Anmeldung bis drei Monate vor Eintritt in die Schule macht vor dem Hintergrund der Dauer des Abklärungsverfahrens und der Wartefristen für das Abklärungsverfahren und die Durchführung der Massnahme keinen Sinn. Es bleibt nach Abschluss des Abklärungsverfahrens keine Zeit mehr für die Durchführung der Massnahme im Vorschulbereich. Eine Vorverlegung des Anmeldezeitpunktes auf sechs Monate vor Schuleintritt ist deshalb sinnvoll.</p>
<p>Abklärung a. Allgemein</p>	<p>Abklärung a. Allgemein</p>	
<p>§ 14. ¹ Die Abklärungsstelle prüft, ob ein Bedarf an sonderpädagogischen Massnahmen vorliegt.</p>	<p>§ 14. Abs. 1 unverändert.</p>	
<p>² Das Amt erlässt Vorschriften zum Abklärungsverfahren</p>	<p>Abs. 2 wird aufgehoben.</p>	<p>§ 14 Abs. 2: Gemäss dem geänderten § 34 Abs. 2 KJHG (Änderung vom 27. November 2017) werden die Kriterien zur Bedarfserhebung und das Abklärungsverfahren in der Leistungsvereinbarung festgelegt. § 14 Abs. 2 ist entsprechend aufzuheben.</p>
<p>Durchführung d. Abschluss</p>	<p>Durchführung d. Abschluss</p>	
<p>§ 21. Die Leistungsanbieterinnen und -anbieter führen mit den Eltern ein Abschlussgespräch und verfassen für sie einen Schlussbericht.</p>	<p>§ 21. Abs. 1 unverändert.</p>	
	<p>² Gespräche in Zusammenhang mit dem Übertritt in die Volksschule führen sie bis spätestens</p>	<p>§ 21 Abs. 2: Zugunsten eines reibungslosen Übergangs zu den sonderpädagogischen Massnahmen der Volksschule sollen die</p>

Vernehmlassungsentwurf vom: Änderung Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich (SPMV)

	Ende Dezember des Jahres, in dem ein Kind in die Volksschule eintritt.	Leistungsanbietenden bei allen Massnahmearten Übergabegespräche mit Vertretungen der Schule bis Ende Dezember des Jahres, in dem ein Kind in die Volksschule eintritt, durchführen können. Zu den Übergabegesprächen gehört auch das erste schulische Standortgespräch, an dem die Leistungsanbieterin oder der Leistungsanbieter teilnimmt. Solche Gespräche können wie die eigentlichen Therapie- und Förderleistungen nur im Rahmen des Stundenkontingents gemäss der Empfehlung der Abklärungsstelle abgerechnet werden. Von § 21 Abs. 2 nicht erfasst werden weitere Beratungsgespräche mit den Eltern.
Entschädigung	Entschädigung	
§ 22. ¹ Das Amt entschädigt die Leistungsanbieterinnen und -anbieter mit <ul style="list-style-type: none"> a. einem Tarif pro Stunde gemäss Anhang für die Durchführung der Massnahme, b. einer Wegpauschale gemäss Anhang für die Reisezeit und die Reisekosten bis zum Aufenthaltsort des Kindes bei Terminen im familiären oder familienergänzenden Umfeld. 	§ 22. ¹ Das Amt entschädigt die Leistungsanbieterinnen und -anbieter mit <ul style="list-style-type: none"> a. unverändert, b. einer Wegpauschale gemäss Anhang für die Reisezeit und die Reisekosten bis zum Aufenthaltsort des Kindes bei Terminen im familiären oder familienergänzenden bzw. schulischen oder beruflichen Umfeld. 	§ 22 Abs. 1: Diese Ergänzung ist notwendig, da audiopädagogische Massnahmen im Nachschulbereich regelmässig nicht im familiären oder familienergänzenden, sondern im schulischen oder beruflichen Umfeld der Jugendlichen stattfinden.
² Eine erhöhte Wegpauschale wird bei spezialisierten Angeboten, insbesondere bei Angeboten im Bereich der Hör-, Seh- und Hörsehbehinderung sowie der Ess-, Schluck- und Trinkstörung, ausgerichtet, wenn <ul style="list-style-type: none"> a. die Reisezeit im Privatfahrzeug vom Praxisstandort der Leistungsanbieterin oder des Leistungsanbieters länger als 45 Minuten dauert und 	Abs. 2-5 unverändert.	

Vernehmlassungsentwurf vom: Änderung Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich (SPMV)

<p>b. die Versorgung nicht durch eine Leistungsanbieterin oder einen Leistungsanbieter mit Reisezeit unter 45 Minuten erbracht werden kann.</p> <p>³Wegpauschalen gemäss Abs. 2 sind vom Amt im Voraus zu bewilligen.</p> <p>⁴Die Entschädigungen beruhen auf dem Landesindex der Konsumentenpreise, Stand September 2011. Verändert sich der Landesindex seit der letzten Anpassung um mindestens 1%, passt das Amt die Entschädigungen auf den 1. Januar des folgenden Jahres der Teuerung an. Massgebend ist der Indexstand von Ende September.</p> <p>⁵Ausserkantonale Leistungsanbieterinnen und -anbieter dürfen höchstens zu diesen Tarifen abrechnen.</p>		
<p>Dolmetscherbeizug</p>	<p>Dolmetscherbeizug</p>	
<p>§ 22a. ¹Das Amt entschädigt die Leistungsanbieterinnen und -anbieter für den Beizug von Dolmetscherinnen und Dolmetschern, wenn diese</p> <p>a. ein von der Schweizerischen Interessengemeinschaft für interkulturelles Dolmetschen und Vermitteln (Interpret) verliehenes Zertifikat besitzen.</p> <p>b. einen vom Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation verliehenen eidgenössischen Fachausweis für interkulturelle Übersetzerinnen und Übersetzer besitzen oder</p>	<p>Abs. 1 unverändert.</p>	

Vernehmlassungsentwurf vom: Änderung Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich (SPMV)

<p>c. sich in der Ausbildung zu einem Abschluss gemäss Abs. 1 lit. a oder b befinden.</p>		
<p>²Pro Massnahme gemäss § 17 werden höchstens drei Stunden entschädigt. Die Höhe der Entschädigung richtet sich nach der Dolmetscherverordnung vom 26./27. November 2003.</p>	<p>²Pro Massnahme gemäss § 17 werden höchstens drei Stunden zuzüglich Reisezeit gemäss der Dolmetscherverordnung vom 26./27. November 2003¹ entschädigt.</p>	<p>§ 22 Abs. 2: Zu den Dolmetscherinnen und Dolmetschern zählen auch von privaten Organisationen vermittelte Kulturdolmetscherinnen und -dolmetscher. Die entsprechenden Organisationen verwenden regelmässig eine von der Dolmetscherverordnung vom 26./27. November 2003 leicht abweichende Tarifgestaltung. Diese Dolmetscherinnen und Dolmetscher können nach dem jeweiligen Tarif ihrer Organisation entschädigt werden, solange das Total der Entschädigung (Tarif für Dolmetschen und Reisezeit) den entsprechenden Höchstbetrag gemäss der Dolmetscherverordnung nicht übersteigt.</p>

¹ Die Dolmetscherverordnung vom 26./27. November 2003 wird derzeit totalrevidiert.